

### **Vor allem Mütter bei Gehältern benachteiligt – Familienbund fordert Konsequenzen**

**Der Familienbund der Katholiken kritisiert anlässlich des Weltfrauentages am 8. März 2020, dass die Verdienstlücke zwischen Männern und Frauen insbesondere auf eine strukturelle Benachteiligung von Müttern bei der Bezahlung ihrer Erwerbsarbeit zurückzuführen ist. Wesentliche Ursache dafür seien Auszeiten, gefolgt von längeren Teilzeitepisoden. Hinzu komme aber auch, dass es immer noch hauptsächlich Frauen seien, die die Sorgearbeit übernähmen. Das besagen die Ergebnisse einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Nach Angaben der Forscher öffne sich die Gehaltsschere zwischen Männern und Frauen in der Erwerbsbiografie erstmals um das 30. Lebensjahr, dem Zeitpunkt, zu dem Frauen im Durchschnitt ihr erstes Kind bekommen. Bei den unter 30-Jährigen betrage die Gehaltslücke neun Prozent. Mit zunehmenden Alter wachse sie rasant. Sie liegt nach Angaben des Statistisches Bundesamtes im Durchschnitt bei 21 Prozent, bei Beschäftigten über 50 Jahren bei 28 Prozent. Bei der Alterssicherung beziehen Frauen im Durchschnitt ein um 46 Prozent geringeres Alterseinkommen. „Eine systematische Benachteiligung von Müttern bei der Bezahlung in ihren Berufen ist unter keinen Umständen akzeptabel. Diese Ungerechtigkeit auf dem Rücken von Frauen mit Familie trägt gerade dazu bei, was die Politik eigentlich nach Kräften verhindern sollte – nämlich Familienarmut“, erklärte Familienbund-Präsident Ulrich Hoffmann dazu heute in Berlin. „Für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen die Studienergebnisse ein Weckruf sein, um die Gehaltsschere zwischen Frauen und Männern nicht nur wortreich zu beklagen, sondern Arbeit in unserer Gesellschaft gerecht zu bezahlen und zu verteilen, am Arbeitsplatz wie zu Hause.“ Zudem ginge es um die finanzielle Anerkennung gesellschaftlich und ökonomisch wertvoller Familienarbeit.**

Berlin, den 5. März 2020 – Dem Staat sei es zwar nach Ansicht der DIW-Forscher gelungen, durch einen massiven Ausbau der Kinderbetreuung mehr Frauen in die Erwerbsarbeit zu bringen, einem erklärten Ziel der aktuellen Familienpolitik. Der Anstieg bestehe aber komplett aus Teilzeitarbeit. Daran werde sich nichts ändern, solange sich allein der Staat und die Frauen die Sorgearbeit teilten, sagten die Forscher.

Nach der Kenntnisnahme dieser Studienergebnisse dürften Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sagte Hoffmann. „Die Ergebnisse müssen Konsequenzen zeitigen.“ Männer seien gefordert, ihre familiäre Verantwortung deutlich stärker als bisher wahrzunehmen. So empfiehlt das DIW in seiner Studie, dass Männer und Frauen ihre Arbeitsstunden in den „karriererelevanten Jahren zwischen 30 und 40 deutlich angleichen müssten. Die Lösung dürfe aber nicht sein, so Hoffmann, dass beide Eltern künftig Vollzeit arbeiteten. Es gehe um Rahmenbedingungen, die sowohl Frauen als auch Männern ausreichend Zeit für Familie lasse. „So muss konkret die Elternzeit verlängert und möglichst geschlechtergerecht verteilt werden“, sagte Hoffmann. „Ein Modell, dass jeweils acht Elternmonate für Väter und Mütter vorsieht, sowie acht weitere Monate für die freie Verfügung der Familie wäre hierzu ein erster nötiger Schritt. Die Elternzeit würde sich damit

zur aktuellen Gesetzeslage verdoppeln. Damit hätten Familien gerade in den ersten Jahren mehr Zeit für- und miteinander ohne den stressreichen Spagat zwischen Familie und Beruf.“



„Wir brauchen aber auch einen gesellschaftlichen Diskurs darüber“, so Hoffmann weiter, „wie die Verbindung von Sorge- und Erwerbsarbeit über die gesamte Erwerbsbiografie neu gedacht werden kann, zum Beispiel durch die Einführung von sogenannten *atmenden Lebensläufen*. Nach diesem in der Wissenschaft heute diskutierten Modell stehen Eltern Optionszeiten zur Verfügung, durch die sie – je nach familialer Lebensphase und Notwendigkeit – entweder mehr Zeit der Familie widmen können und beruflich kürzertreten, um in Phasen familialer Entspannung wieder mehr beruflich zu arbeiten.“

Hoffmann wies in diesem Zusammenhang auch auf die Betreuungssituation von pflegenden Angehörigen hin. „Die Politik ist dringend aufgefordert, ein rentenfestes Familienpflegegeld einzuführen, um die soziale Fürsorge all jener angemessen abzusichern, die eine menschenwürdige Pflege zu Hause leisten wollen. Dreiviertel der Pflegeleistungen von älteren Angehörigen werden heute von Familien erbracht, und zwar kostenlos. Das kann nicht sein. Gemessen daran müssen wir uns auch die Frage stellen, wie die Arbeitszeitreduzierung von Eltern, um die Familienarbeit leisten zu können, zumindest in Ansätzen finanziell kompensiert werden können. Es geht hierbei auch um die Anerkennung von Sorgearbeit für die Gesellschaft. Ein wichtiger Baustein dafür ist auch die Umsetzung der langjährigen Forderung des Familienbundes, Kinderfreibeträge in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung einzuführen. Denn in der Sozialversicherung ist die Erziehung von Kindern ein unverzichtbarer Beitrag für den Fortbestand des umlagefinanzierten Sozialsystems.“

### **Ohne Familien ist kein Staat zu machen.**

Der Familienbund der Katholiken ist der mitgliederstärkste Familienverband Deutschlands. Ihm gehören 25 Diözesan-, 10 Landes- sowie 13 Mitgliedsverbände an. Seit 65 Jahren setzt sich der familienpolitische Fachverband für eine familiengerechtere Gesellschaft ein. Der Verband versteht sich als „Stimme der Familien“ – als Interessenvertretung aller Familien in Gesellschaft, Politik und Kirche. Die Rahmenbedingungen für Familien müssen nach Ansicht des Familienbundes so gestaltet sein, dass jede Familie – unabhängig von ihrer jeweiligen Ausprägung – bestmöglich gelingen kann.



**Pressekontakt:**

Familienbund der Katholiken – Bundesverband  
Sascha Nicolai  
Pressesprecher  
Politische Grundsatzfragen  
Littenstraße 108, 10179 Berlin

Tel.: +49 (0)30 326 756 16  
Fax: +49 (0)30 326 756 20  
E-Mail: nicolai@familienbund.org

[www.familienbund.org](http://www.familienbund.org)  
[www.rente-sich-wer-kann.org](http://www.rente-sich-wer-kann.org)  
[www.elternklagen.org](http://www.elternklagen.org)